

schen Konzessionen steigerte sich überdies nach dem Rücktritt der Regierung Hermann Müller und dem Beginn des Kabinetts Brüning. Es kam zu Differenzen zwischen Zentrumspartei und Sozialdemokraten im Saargebiet<sup>178</sup>. Da die preußischen Mitglieder der Pariser Delegation scharfe Anweisungen vom preußischen Minister für Handel und Gewerbe erhielten, vermutete man in der deutschen Delegation in Paris, daß das auf den Einfluß Max Brauns in Berlin zurückzuführen sei, der den Saarverhandlungen in der Konstellation Tardieu—Brüning keinen Erfolg wünsche<sup>179</sup>. Am 29. Mai 1930 wandten sich die Freien Gewerkschaften und die Sozialdemokratische Partei in einer Eingabe an Reichskanzler Brüning, in der die beiden entscheidenden Abschnitte lauteten:

„Die sozialdemokratische Partei und die Freien Gewerkschaften des Saargebiets machen die Reichsregierung nochmals mit allem Nachdruck darauf aufmerksam, daß sie einer Verlängerung des de Wendelschen Pachtvertrages (Großrosseln) und des Pachtvertrages Frankenholz unter Zuteilung preußischer Pachtfelder als Bedingung für die Saarrückgliederung nicht zustimmen können und mit allen zu Gebote stehenden Mitteln dagegen vorgehen werden . . .“

Sie seien der Meinung, „daß eher eine Vertagung oder Aufschiebung der Rückgliederungsverhandlungen in Kauf genommen werden muß, als einer Rückgliederung unter Bedingungen zuzustimmen, die für die gedeihliche Zukunftsentwicklung der Saar als unerträgliche Belastung angesehen werden müssen“<sup>180</sup>.

Diese Eingabe traf erst ein, als die Ablehnung der französischen Vorschläge bereits beschlossen war, zeigt aber mit aller Deutlichkeit, wie die Haltung der Saarparteien, insbesondere der Sozialdemokraten, ein Eingehen auf französische Wünsche kaum möglich machte. Hier nahmen die Sozialisten sogar ihr ursprüngliches Einverständnis mit gewissen Zugeständnissen zurück. Das spricht für die Vermutung der deutschen Delegation, daß ab März 1930 die Sozialdemokraten an einer sofortigen Lösung der Saarfrage kein Interesse mehr hatten.

Die letzte Phase der Verhandlungen, die am 19. März begann, brachte keine wesentlich neuen Gesichtspunkte in die Diskussion; die Verhandlungen wurden in den folgenden Monaten schleppend und mit mehreren Pausen geführt. Man hatte auf deutscher Seite zwar den Eindruck, daß die Franzosen zu einem Abschluß kommen wollten und vorübergehend traten die gegensätzlichen Standpunkte auch etwas in den Hintergrund, als auf Wunsch der deutschen Delegation in der Grubenkommission die Pachtverträge überprüft wurden, also vom deutschen Ansatz ausgegangen wurde, während man in der Zollkommission die französischen Vorstellungen als Gesprächsbasis nahm. Trotzdem stieß man ständig wieder auf die gegensätzlichen Auffassungen in der Grubenfrage. Die Franzosen machten schließlich neue Vorschläge, in denen sie neben den Warndtkonzessionen einen weiteren Grenzstreifen mit Kohlenfeldern verlangten<sup>181</sup>. Sie verzichteten damit auf die nicht grenznah gelegene Grube Frankenholz, für die in den Simsonschen

<sup>178</sup> A. A., a. a. O., Bd. 9, II SG 1030, darüber berichteten die Zentrumspolitiker in einer Besprechung mit Brüning am 10. 5. 1930; außerdem ebenda, e. o. II SG 1017.

<sup>179</sup> Ebenda, Bd. 9, II SG 1113, Abschrift eines Briefes Friedbergs an Simson.

<sup>180</sup> Ebenda, Bd. 10, II SG 1220.

<sup>181</sup> Ebenda, Bd. 8, II SG 714, Telegramm Simsons v. 2. 4. 1930.